

Schools

Grenze des Geltungsbereiches der Bev. planänderung

f) In Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte ist eine Ausnahme von der Zahl der Vollgeschosse um + 1 zulässig, wenn es sich dabei um ein Untergeschoß handelt, das im Sinne von § 18 BauVO in Verbindung mit § 2 (5) NBauO als Vollgeschoß gilt.

i.v.

.....
Stadtdirektor

Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 133.1 Teil I Am Boberg

1. Änderung einschließlich Örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F. vom 18.08.76 (BGBl. I S. 2256 ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I. S. 949) und der §§ 56 und 97 der Nds. Bauordnung v. 23.07.73 (Nds. GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes v. 5.12.1983 (Nds. GVBl. S. 281 ff.) i. V. m. § 1 der Nds. Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) v. 19.06.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch Verordnung v. 22.12.1982 (Nds. GVBl. S. 545) und des § 40 der Nds. Gemeindeordnung i. d. F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 230) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte den Bebauungsplan Nr. 133 „Am Boberg“ Teil I 1.Änderung, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen sowie den folgenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 18.12.1985

gez. Siepelmeyer
Bürgermeister

S

gez. Janning
Stadtdirektor

Nachrichtliche Hinweise

- 1) Gemäß § 6 Abs. 2 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5000,00 DM geahndet werden.
- 2) Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 133 „Am Boberg“ Teil I außer Kraft.
- 3) Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 18.12.85 dargelegt sind.

Gestalterische Festsetzungen:

- 1) Für die im Plangebiet zulässigen baulichen Anlagen sind nur die in der Planzeichnung festgesetzten Dachformen und Dachneigungen – Sattel- oder Walmdach, 36° bis 42° - zulässig.
- 2) Dachaufbauten sind bis 1/3 der Traufenlänge nur ab einer Dachneigung von 40° an zulässig. Die senkrechte, sichtbare Ansichtsfläche darf die Höhe v. 1,60 m nicht überschreiten.
- 3) Für die Gebäude im Plangebiet wird eine zulässige Sockelhöhe von 0,50 m – gemessen vom vorhandenen Gelände in der Mitte der nordwestlichen Gebäudekante bis zur Oberkante des fertigen EG-Fußbodens – festgesetzt.
- 4) Für die Gebäude im Plangebiet gilt die Höhenbegrenzung von max. 3,60 m, gemessen von OK fertiger EG-Fußboden bis Sparrenanschnittspunkt. (Schnittpunkt Außenkante aufgehen-des Mauerwerk mit Sparrenunterkante).

Textliche Festsetzungen

Im Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte ist eine Ausnahme von der Zahl der Vollgeschosse um + 1 zulässig, wenn es sich dabei um ein Untergeschoß handelt, das im Sinne von § 18 BauNVO in Verbindung mit § 2 (6) NbauO als Vollgeschoß gilt.